

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ärztliche Mitteilungen aus und für Baden. 1857-1933 1917**

4 (28.2.1917)

# Ärztliche Mitteilungen

## aus und für Baden.

Erscheinen 2 mal monatlich.

Anzeigen:  
25 Pfg. die einspaltige Petizeile  
oder deren Raum,  
mit Rabatt bei Wiederholungen.

Beilagen:  
Preis nach Vereinbarung.

Einzelne Nummern 20 Pfg.

Begründet von Dr. Rob. Volz.

Schriftleitung: Dr. Bongartz in Karlsruhe.  
Verlag, Druck und Expedition: Malsch & Vogel in Karlsruhe.

Jahres-Abonnement:

4 Mk. 75 Pfg.  
exkl. Postgebühren.

Für Mitglieder der badischen  
ärztlichen Standesvereine,  
welche von Vereinswegen  
für sämtliche Mitglieder  
abonnieren

— 3 Mk. —  
inkl. freier Zustellung.

LXXI. Jahrgang.

Karlsruhe

28. Februar 1917.

### Die Eignung des Arztes zum Verwaltungsbeamten.

Von Sanitätsrat Dr. W. Hanauer - Frankfurt a. M.

(„Ärztl. Sachverständigen-Zeitung“ Nr. 18; 1916.)

Ein vielgebrauchtes Schlagwort der letzten Monate ist die »Neuorientierung« in unserer inneren Politik geworden. Was darunter verstanden werden soll, darüber sind sich die Parteien noch nicht einig. Sicherheit besteht jedoch darüber, dass die ungeheuren Lehren des Weltkrieges nicht spurlos an unserer gesamten zukünftigen Politik und der Gestaltung unserer kulturellen Verhältnisse vorübergehen werden, dass wir mit erheblichen Reformen und Umgruppierungen zu rechnen haben werden. Es werden nicht nur die Parteien, sondern auch die einzelnen Berufsstände ihre Forderungen anmelden. Manche Reform, die bereits vor dem Kriege gewünscht wurde, wird um so ungestümer um Erfüllung ringen, aber auch die Regierung wird, durch die Erfahrungen des Krieges belehrt, vor einschneidenden Massnahmen nicht zurückschrecken. Wer bezweifelt z. B., dass die schweren Schäden unserer Volksernährung, soweit sie dem Handel zur Last fallen, zu einschneidenden Massnahmen in Bezug auf den Handel auch in Friedenszeiten führen werden.

Auch die Lage des ärztlichen Standes wird von den Erfahrungen des Krieges nicht unberührt bleiben und vielleicht dürfte es an der Zeit sein, sich heute bereits in grossen Zügen davon ein Bild zu machen. Zwei Dinge hat der Krieg den deutschen Ärzten zunächst gebracht: einmal eine noch stärkere Überflutung des schon vorher stark überfüllten Standes durch die Notapprobationen bei Ausbruch des Krieges, dann die unbeschränkte Anerkennung seiner höchsten Leistungsfähigkeit in wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht bei der Heilung der Kranken und Verwundeten und bei der Seuchenabwehr. Wie wird es nach dem Kriege sein? Die Überfüllung wird bleiben, ob auch die dankbare Anerkennung lange vorhalten und zur Besserung der sozialen Stellung der Ärzte führen wird, steht dahin. Jedenfalls werden die Ärzte gut tun, sich nicht allzuviel darauf zu verlassen, sondern nach wie vor allein der Selbsthilfe zu vertrauen. Schwere wirtschaftliche Sorgen werden nach dem Kriege nicht ausbleiben, viel Arbeit und Mühe wird es zunächst kosten, bis die vielen Tausenden der jetzt im Felde

stehenden Ärzte, die der Krieg aus ihrer Existenz herausgerissen und enturzelt hat, wieder zu normalen Verhältnissen gelangt sind, und der durch den Krieg erwachsene Nachwuchs versorgt ist.

Dazu gesellt sich die sicher kommende Ausdehnung der Krankenversicherung auf den gesamten Mittelstand wohl bis zu einem Einkommen von 5000 Mk., endlich die Verarmung und die schwere wirtschaftliche Belastung die uns nach dem Kriege erwarten und nachteilig auch auf die Lage des ärztlichen Standes abfärben müssen. Hier gilt es rechtzeitig Vorsorge zu treffen und Mittel und Wege zu finden, wie der Not des ärztlichen Standes vorgebeugt und zahlreichen Ärzten, die ihre Existenz verloren haben, zu einer neuen verholfen werden kann. Da sei darauf hingewiesen, dass auf lange Zeit hinaus unsere neue Politik unter dem Zeichen der Regeneration der verlorengegangenen Bevölkerung stehen wird. In intensiver Weise wird Bevölkerungspolitik getrieben werden, und da man bald einsehen wird, dass es leichter ist, die einmal geborenen Menschen am Leben zu erhalten als die Zeugung neuer Menschen durch alle möglichen Lockmittel zu propagieren, so wird die so lange stiefmütterlich behandelte soziale Hygiene einen bedeutenden Aufschwung zu erwarten haben. Es wird sich u. a. ein dichtes Netz von Fürsorgestellen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten über das Reich spannen. Dazu wird man Ärzte nötig haben. Rechtzeitig werden sich daher die Ärzte für diesen Bedarf einzurichten haben.

Zur Ausübung sozialhygienischer Tätigkeit ist neben einer gewissen Neigung natürlich auch eine besondere Vorbildung nötig. Dazu fehlt es aber bis jetzt fast vollkommen, wenn man von den wenigen Universitäten absieht, in welchen sozialhygienische Vorlesungen gehalten werden. Besser eignen sich hierzu besondere Kurse nach dem Vorbild des Fortbildungskurses, der vor einigen Jahren vom preussischen Ministerium des Innern für Ärzte abgehalten wurde, zu dem auch Verfasser dieses einberufen wurde. Der kürzlich erschienene Bericht mit den Vorträgen,<sup>1)</sup> die vorwiegend von den vortragenden

<sup>1)</sup> „Fortbildungskurse für Ärzte in der sozialen Medizin vom 1. bis 31. Dezember 1914“, Berlin. Veröffentlichungen aus dem Gebiet der Medizinalverwaltung. V. Band 3. Heft. Berlin, Schoetz 1915.

Räten im Ministerium und Universitätsprofessoren gehalten wurden, belehrt, dass in diesen Vorträgen gerade die sozialhygienische Praxis besonders berücksichtigt wurde.

Neben den speziellen Kenntnissen in der sozialen Medizin und Hygiene ist von diesen Ärzten, die sich sozialhygienisch betätigen wollen, aber auch ein gewisses Geschick in Verwaltungsangelegenheiten und gewisse organisatorische Fähigkeiten zu verlangen. Hier dürfte einmal prinzipiell die Frage erörtert werden: Eignet sich der Arzt zum Verwaltungsbeamten, — eine Frage, die auch jüngst von Kuntze<sup>1)</sup> aufgeworfen wurde — und was muss geschehen, um hier eventuell gewisse Lücken auszufüllen. Wir müssen hier feststellen, dass der Arzt im allgemeinen in der Verwaltung nicht die Stelle einnimmt, die ihm zukommen sollte, und dieses hat seinen Grund wieder darin, dass der Arzt im öffentlichen Leben überhaupt nicht die Stellung einnimmt, auf die er nach seiner Vorbildung und nach seinen Kenntnissen Anspruch hätte. Das liegt aber ebensowohl an den Ärzten selbst wie an den andern; an den Ärzten, weil eben heute die allermeisten von ihnen nichts weiter sind und sein wollen als Therapeuten, als möglichst reichbeschäftigte Praktiker, deren höchster Ehrgeiz darin besteht, von früh bis spät in die Nacht Kranke zu behandeln. Die Ausübung der ärztlichen Praxis nimmt sie derart in Anspruch, dass sie ihnen für jede andere Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit keinen Raum lässt. Aber selbst, wenn dies der Fall ist, kommt noch ein anderes Moment in Betracht, das viele Kollegen davon abhält, sich öffentlich zu betätigen. Das ist die Scheu, anzustossen, es mit irgendeinem zu verderben, dadurch Einbusse in der Praxis zu erleiden. Auf dem Lande sind derartige Bedenken gewiss auch nicht unberechtigt; wenn hier ein Arzt bei den Wahlen für irgendeinen Kandidaten lebhaft Partei ergreift, so kann er mit Sicherheit darauf rechnen, dass er sich die Gegenpartei zum Feinde macht und in seiner Praxis geschädigt wird. In der Grosstadt sind aber derartige Befürchtungen unbegründet. Manche besonders zartfühlende Kollegen halten sich endlich auch deswegen zurück, weil sie fürchten, es könnten ihnen eigennützige Motive untergeschoben werden, wenn sie sich am Vereins- oder politischen Leben beteiligen. Indem die Ärzte sich auf diese Weise selbst ausschalten, darauf verzichten, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen und sich zur Geltung zu bringen, ist es kein Wunder, dass auch die andern nicht an sie denken. An der Spitze der Verwaltungen stehen fast überall die Juristen. Diese bringen für ihre Verwaltungstätigkeit zumeist nur die formale Rechtskenntnis mit; materielle Kenntnisse und Erfahrungen besitzen sie aber nicht, sondern diese müssen sie, wie jeder andere, erwerben. Die Bedeutung der formalen Rechtskenntnisse wird aber vielfach überschätzt; glaubt doch heute auch der kleinste Verein nicht existieren zu können, ohne dass ein Jurist seinem Vorstand angehört, welcher darüber zu wachen hat, dass nicht gegen die Statuten verstossen wird.

Dass aber der Arzt sich viel mehr für die Verwaltung eignet wie der Jurist, ergibt die Überlegung, dass der

<sup>1)</sup> Kuntze, Über medizinische Bibliothekarte und Bibliotheken. Deutsche med. Woch. 1916 Nr. 21.

Mediziner sich schon während seines Studiums mit materiellen und konkreten Dingen, d. h. mit dem lebenden Menschen hat befassen müssen, im Gegensatz zum Juristen, der die Welt nur aus seinen Büchern kennt und seine Erfahrungen bloss am grünen Tisch gesammelt hat. Wer leitet z. B. jetzt die so ungeheuer wichtige Volksernährung in Staat und Kommune? Doch lediglich die Juristen. Erst jetzt besinnt man sich auch auf die Ärzte. Vieles wäre vielleicht besser geworden, wenn man sie früher und in ausreichendem Masse zu diesen Aufgaben herangezogen hätte. Vielfach hält man den Arzt für Verwaltungsaufgaben für ganz ungeeignet und Kuntze trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt, dass man sich den Mediziner nur als Arzt vorstellen kann, wenn er auf Praxis eilt oder im Krankenhause operiert. Dies entspricht ja allerdings auch dem Idealbild, wie es sich der Arzt, wie oben geschildert, von seinem Beruf macht. So kann man es erleben, dass z. B. bei Wahlen in die städtischen Verwaltungskörper — man kann ja hier doch die Ärzte nicht völlig ausschliessen, namentlich braucht man sie als Sachverständige in Krankenhäusern —, nicht die Ärzte als Kandidaten bestimmt werden, die sich durch ihre Kenntnisse auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege und der sozialen Hygiene auszeichnen oder die durch ihr Organisations- und Verwaltungstalent sich vor allem hierzu qualifizieren, sondern die Ärzte, welche die grösste Praxis haben, als therapeutische Geschicklichkeit etwas mit den gesundheitlichen Aufgaben der Kommune zu tun hätte. Manchmal werden solche vielbeschäftigte Ärzte allerdings auch mit Vorliebe von den Parteien ausgewählt, deswegen, weil sie in weiten Kreisen bekannt und populär sind und daher die meiste Aussicht haben, gewählt zu werden und auch gegnerische Stimmen zu erhalten. Ein solcher Arzt in eine Stadtverordnetenversammlung oder in einen Stadtrat gewählt, füllt dann natürlich seine Stelle bei weiter nicht so aus, wie man es von einem Arzt, der hier in erster Linie Hygieniker sein soll, erwarten dürfte; er fehlt ihm vor allem jede Initiative, und, wenn er auch bestrebt ist, sich einzuarbeiten und die Lücken in seinen Kenntnissen auszufüllen, so wird ihm doch seine ausgedehnte Praxis hierzu kaum Zeit lassen, er wird sich in seiner öffentlichen Stellung nicht sehr behaglich fühlen, weil er den Anforderungen nicht entspricht, die die Medizin an ihre Vertreter in den kommunalen Verwaltungskörperschaften stellen muss. Leider bestimmt sich auch bei den Ärzten selbst das Mass der Achtung, welche sie ihren Kollegen entgegenbringen, nach dem grösseren oder geringeren Umfang ihrer praktischen Tätigkeit. Diese müssten doch wissen, dass die riesig fortschreitende hygienische Wissenschaft immer mehr Kräfte in Anspruch nimmt, und dass auch derjenige auf die kollegiale Achtung seiner Standesgenossen vollen Anspruch hat, der mehr Befriedigung in hygienischer als therapeutischer Betätigung findet, dass er auch hierbei dem ärztlichen Stande Ehre machen kann, abgesehen davon, dass bei der Überfüllung des ärztlichen Berufs und der Engdrücktheit der Überfüllung des ärztlichen Berufs und der Engdrücktheit dem einzelnen zur Verfügung gestellten Nahrungsraum es doch nur erwünscht sein kann, wenn ein Teil der Ärzte auf anderem Wege als dem der ärztlichen Praxis sein Auskommen findet.

Dass dem Arzte das Talent zum Verwaltung

beamten abgeht, führt Kuntze auf die Besonderheiten des medizinischen Unterrichts zurück. Das mag zutreffen, ist aber nicht der einzige Grund. Meines Erachtens liegt der Grund auch an der ganz eigentümlichen Betriebsform, in der der Arzt seinen Beruf ausübt. Es gibt wohl keinen Beruf, der in dem Masse so auf sich selbst gestellt, so an die Person gebunden ist, wie der des Arztes; er wird rein individualistisch ausgeübt. Der Arzt hat keinen Kompagnon, keinen Gehilfen, kein Bureau im Gegensatz z. B. zum Rechtsanwalt, der immer ein Bureau, wenn auch nur mit einem Gehilfen, unterhalten muss, und dem Kleinhandwerker, der mit einigen Gesellen arbeitet, ganz zu schweigen von dem Grossbetrieb und dem Grossunternehmer. Gerade die grössere oder geringere Zahl von Gehilfen, mit denen hier die Chefs arbeiten, zwingt sie zur Organisations- und Verwaltungstätigkeit, während diese beim Arzte völlig wegfällt, da er eben mit keinem Angestellten zu arbeiten hat. So erklärt sich auch die Unbeholfenheit vieler Ärzte im Verkehr mit Behörden, der Horror vor jeder Berührung mit dem Gericht, die Gutachtenverschleppung, selbst das Unterlassen einer geordneten eigenen Geschäftsführung.

Bei drei Gruppen von Ärzten fallen diese Hemmungen weg, das sind die Krankenhausärzte, die Militärärzte und die Gesundheitsbeamten; diese sind in Verwaltungsgeschäften geschult, weil sie entweder ständig mit einer Anzahl ihnen koordinierter oder subordinierter Persönlichkeiten zu arbeiten haben, wie die Krankenhaus- und Militärärzte oder wie die Gesundheitsbeamten und Gerichtsärzte durch ihre spezielle Ausbildung die formale Schulung genossen haben.

Den Ärzten wird immer noch traditionell die Rolle vindiziert, Führer des Volkes zu sein, aber auch — wie wenig entspricht ihre Stellung im öffentlichen Leben dieser ihnen ehrenvoll zgedachten Führerrolle. Sollte der Krieg nicht auch hier einen Umschwung herbeizuführen imstande sein? Die Neuorientierung unseres inneren Lebens nach dem Kriege ist ein Schlagwort geworden. Sollte für die Ärzte nicht auch der Zeitpunkt gekommen sein, hier ihre Forderungen anzumelden? Den Ärzten, die jetzt anerkanntermassen die grössten Verdienste um die Gesundheit unseres Heeres erworben haben, sollte man die ihnen für das Volkwohl und die Volksgesundheit zukommende Stellung nicht auch nach dem Kriege gewähren wollen? Zumal gerade die Kriegs- und Lazarett-Tätigkeit, bei der 24 000 Ärzte beteiligt sind, auch eine gute Schule für die Verwaltungstätigkeit und formale Schulung gewesen ist. Denn hier ist der Arzt nicht mehr wie im Frieden allein auf sich selbst gestellt gewesen, vielmehr eingeordnet in ein grosses Ganzes, als Glied einer grossen Organisation.

Zwei Dinge sind nötig, um den Ärzten in der Verwaltung die ihnen gebührende Stellung zu geben; erstens müssen sie sich selbst regen und müssen ihre Ansprüche geltend machen, zum zweiten muss eine Umstimmung der Öffentlichkeit nach der Richtung erfolgen, dass die Allgemeinheit sich mehr darauf besinnt, dass auch den Ärzten ein Anteil in der Verwaltung der öffentlichen Dinge zukommt, dass vor allem ihre Mitwirkung da nicht entbehrt werde, wo sachkundiger ärzt-

licher Rat vonnöten ist. Wie viele Vereinigungen der Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege gibt es aber nicht in Deutschland und werden täglich neu gegründet, in denen man nicht im entferntesten daran denkt, einen Arzt in die Verwaltung zu wählen! Gibt es vielleicht nicht heute in Deutschland Tausende von Krankenhäusern, in deren Verwaltung vergeblich ein Arzt gesucht wird, abgesehen von dem leitenden Arzt des Krankenhauses selbst, dessen Zuziehung aber vielfach oft durch behördliche Vorschriften erzwungen werden musste. Dass man in längst verschwundenen Zeiten weitsichtiger gewesen ist, beweist hier der Arzt J. C. Senkenberg, der Gründer der Frankfurter Senkenbergschen Bibliothek. Als er 1763 sein Bürgerhospital, ein noch heute blühendes Krankenhaus, stiftete, bestimmte er, dass zu der aus 8 Personen bestehenden Verwaltung stets 4 Ärzte gehören müssen. Diese Bestimmung ist auch heute noch in Kraft, und das Krankenhaus ist nicht schlecht dabei gefahren.

Jeder Arzt müsste für die Folge, mehr als es bisher der Fall ist, sich mit Verwaltungsgeschäften abgeben; er sollte zu diesem Zweck zunächst einer Anzahl Vereinen beitreten, sich hier lebhaft an den Arbeiten beteiligen, er würde dann naturgemäss hier bald in eine führende Stellung aufrücken. Ist auf diese Weise eine gewisse Schulung erlangt, dann ist damit auch die beste Vorschule für die höhere Verwaltungstätigkeit in Kommune und Staat gegeben. Der Arzt, der hier ein Amt annimmt, muss sich aber sagen, dass die gewissenhafte Ausübung desselben unverträglich ist mit der Auffassung des Berufs, die zugleich in der Ausübung einer möglichst grossen kurativen Tätigkeit das höchste Ideal erblickt; ferner, dass hier eine möglichst umfassende Ausbildung und Fortbildung in der öffentlichen Gesundheitspflege und sozialen Hygiene unbedingte Voraussetzung ist. Im übrigen gibt die Verwaltungstätigkeit sehr viel Anregung und Befriedigung und zugleich Erholung, sie gibt Einblick in menschliche Verhältnisse, die dem Arzt sonst verschlossen sind, sie verschafft Menschenkenntnis, so dass sie als sehr erwünschte Ergänzung der rein therapeutischen ärztlichen Tätigkeit angesehen werden kann.

Dass die Ärzte so wenig geschätzt werden, liegt aber auch daran, dass die Laien, die heute in den Verwaltungen massgebend sind, selbst aller physiologischen und hygienischen Kenntnisse bar sind und daher auch keine Ahnung davon haben, dass diese Wissenschaften als Kulturgüter bei den Verwaltungen gar nicht ausgeschaltet werden können. Sehr treffend äussert sich darüber *Verworn* in der Physiologen-Festnummer der *Wien. Med. Wochenschr.* Er führt hier aus, dass der Zellenstaat für den politischen Staat das beste Lehrparadigma sei. Da wäre es eigentlich selbstverständlich, dass die Staatsmänner wenigstens über die physiologischen Grundlagen, über das Wesen aller Organisation und über die Gesetzmässigkeit, denen jedes organische Gebilde in seinem Leben und seiner Entwicklung unterworfen ist, einigermassen Bescheid wüssten. Für die zukünftige Kulturentwicklung aller politischen Systeme muss daher als unbedingte Forderung aufgestellt werden, dass alle diejenigen Individuen, die an der Leitung derselben in verantwortlicher Weise teilnehmen, auch ein-

gehend über die Probleme, Tatsachen und Gesetze der politischen Kulturphysiologie orientiert seien.

### Die Gründung einer ärztlichen Abteilung der Reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung.

Bericht über die Sitzung in Berlin am 20. Januar 1917.

I. Herr Ministerialdirektor Kirchner eröffnete um 6 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und erläuterte die Vorgeschichte der heutigen Zusammenkunft. Schon vor etwa dreiviertel Jahren sei die R. W. V. mit einer entsprechenden Anregung an ihn herangetreten. Damals habe er zunächst Bedenken gehabt, dieser Anregung Folge zu leisten, besonders auch mit Rücksicht auf die vielfachen internationalen Beziehungen, welche die Ärzte mit denjenigen der jetzt feindlichen Länder vor dem Kriege miteinander verknüpft hätten. Seine Meinung sei anlässlich gewesen, dass man hoffen müsse, den Abgrund, der heute die alte Welt zerreißt, dereinst zunächst wenigstens auf unpolitischen Kulturgebieten überbrücken zu können, und dass durch die geplante Vereinigung eine solche mehr oder weniger allseitige Wiederanknüpfung früherer Beziehungen vielleicht erschwert werden könne. Nachdem aber zahlreiche Äusserungen von Feindeseite gerade auch in jüngerer Zeit gezeigt hätten, dass die Entente alle Gedanken an eine loyale Wiederaufnahme der früheren Kulturbeziehungen ablehne, vielmehr für wissenschaftliche Literatur, Kongresse usw. ausdrücklich die Ausschliessung alles Deutschen plane, halte er es für ein Gebot der Selbstachtung sowohl, wie der politischen Zweckmässigkeit, der Festigkeit und Tiefe der mitteleuropäischen Gemeinschaft gerade auch in allgemein kultureller Beziehung einen möglichst umfassenden Ausdruck zu geben. Hierfür scheine ihm der Gedanke eines innigeren Zusammenschlusses der Ärzte der verbündeten Länder besonders fruchtbringend. Die Frage, ob dieser Grundgedanke Zustimmung finde, wurde von allen Teilnehmern freudig bejaht und die Gründung einer Ärztlichen Abteilung der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung beschlossen.

Se. Exzellenz der Herr Staatsminister Kühn erläuterte sodann die allgemeinen Ziele der R. W. V. hinsichtlich eines persönlichen und kulturellen Zusammenschlusses zwischen den verbündeten Ländern, unter Ausschluss aller rein wirtschaftlichen Ziele, wobei er darauf hinweisen konnte, dass der Gedanke der R. W. V. von einem Arzte ausgegangen und in die Wirklichkeit übertragen worden sei. Warme Worte der Anerkennung fand der Redner für die Leistungen der Ärzteschaft im Kriege und schloss mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass die Mitarbeit der Ärzte für die R. W. V. besonders erspriesslich sein werde, ja dass über deren jetzige Ziele hinaus vielleicht gerade die Ärzte berufen seien, in späteren, ruhigeren Tagen die Wiederaufrichtung einer europäischen Kulturgemeinschaft anzubahnen und so dereinst die klaffende Wunde zu heilen, die die Kulturmenschheit erlitten habe, wie sie jetzt die Schmerzen und Leiden der Verbündeten linderten.

II. Auf Anregung des Herrn Ministerialdirektors Kirchner trat die Versammlung nunmehr in eine

eingehende Beratung der Punkte des künftigen Arbeitsprogramms ein. Es sprachen u. a. die Herren Schwalbe über Organisation der Abteilung, Lippe und Mugdan über die Beteiligung der Ärzteschaft und ihrer grossen körperschaftlichen Vertretungen, Bruck über die eventuellen Einbeziehung der wirtschaftlichen Fragen in den Kreis der Aufgaben, Adam über die Frage der ärztlichen Fortbildung im Rahmen des künftigen Arbeitsprogramms, Moritz, der in dankenswerter Weise den Austausch von Assistenten zwischen den medizinischen Instituten der verbündeten Länder anregte, Fr. Leppmann über soziale Medizin, Posner über die Frage späterer mitteleuropäischer Kongresse, Fr. von Müller über die Teilnahme der Vereinigung deutscher Naturforscher und Ärzte an den Arbeiten der Ärztlichen Abteilung, Wagner über den Anschluss der Bahnärzte. Auch Herr von Waldeyer-Hartz stellte unter lebhaftem Beifall der Versammlung seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Werke in Aussicht.

Auf Grund dieser fruchtbringenden und umfassenden Besprechung erfolgte die Annahme des der Versammlung in dem Einladungsschreiben vorgeschlagenen Arbeitsprogramms unter Hinzufügung mehrerer nicht unwesentlicher Vervollständigungen, so dass das Programm zunächst wie folgt festgelegt wurde:

1. Herstellung persönlicher Beziehungen zwischen den Ärzten der verbündeten Völker;
2. Studium der Einrichtungen zur Behandlung und Pflege der Kranken sowie der Bäder und anderer Heilfaktoren der waffenbrüderlich verbündeten Staaten, mit dem Ziele, unseren heimischen Bädern ausserdeutsche Besucher zuzuführen, ebenso wie den Strom unserer Kranken in österreichische, ungarische, bulgarische und türkische Bäder zu lenken;
3. Austausch ärztlicher Veröffentlichungen zwischen den deutschen, ungarischen, türkischen und bulgarischen Sprachgebieten;
4. Erleichterung des ärztlichen Studiums und der ärztlichen Fortbildung für Deutsche im verbündeten Auslande und für Angehörige der verbündeten Länder an deutschen Universitäten und Akademien für praktische Medizin;
5. Wechselseitige Entsendung von Ärzten als akademische Lehrer und als Leiter und Assistenten von Krankenhäusern und Polikliniken;
6. Veranstaltung gemeinsamer wissenschaftlicher Konferenzen und Kongresse;
7. Studium der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in den verbündeten Ländern und gemeinsame Bearbeitung der Bevölkerungspolitik;
8. Studium der Seuchen in den verbündeten Ländern und Fernhaltung und Bekämpfung ausländischer Seuchen;
9. Förderung von Studienreisen deutscher Ärzte nach den verbündeten Ländern und von ausländischen Ärzten nach Deutschland;
10. Austausch der Erfahrungen auf dem Gebiete der sozialen Medizin (Unfall-, Invaliditätsversicherung usw.).

III. Es wurde nunmehr die Organisation der Ärztlichen Abteilung durchberaten und dahin beschlossen:

Die Geschäfte der Ärztlichen Abteilung sollen von einem Vorstande, der das Recht der Zuwahl erhält, geführt werden. Diesem Vorstand tritt zur Seite ein aus etwa 60 Herren bestehender grösserer Ausschuss (Beirat), in welchen Ärzte aller deutschen Gaue und Vertreter aller medizinischen Teilgebiete gewählt werden sollen und welcher sich mit der Bearbeitung der einzelnen Punkte des Programms zusammen mit dem Vorstande zu befassen haben wird. Die im Anschluss hieran vorgenommene Vorstandswahl ergab:

Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner, 1. Vorsitzender,

Generalstabsarzt der Armee, Chef des Feldsanitätswesens Prof. Dr. von Schjerning, stellv. Vorsitzender.

Geh. Hofrat Prof. Dr. von Müller, München, stellv. Vorsitzender,

San.-Rat Dr. Dippe, Leipzig, stellv. Vorsitzender,

San.-Rat Dr. Bratz, Berlin-Wittenau, Schriftführer,

Direktor Prof. Dr. Adam, stellv. Schriftführer,

Bankier Ernst Friedmann, Kassenführer,

Hofbankier Georg Helft, stellv. Kassenführer,

Geh. Ob.-Med.-Rat Prof. Dr. von Waldeyer-Hartz, Beisitzer,

Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Orth, Beisitzer,

Geh. San.-Rat Dr. Stoeter, Beisitzer,

Geh. Med.-Rat Dr. Wagner, Beisitzer.

Berl. Ärzte-Korr. Nr. 8.

### Aus dem preussischen Landtag.

Bei der Beratung des Etats der Medizinalverwaltung im preussischen Abgeordnetenhaus wurden die Fragen der Bevölkerungspolitik und sozialen Hygiene und die dem Staate daraus entstehenden Aufgaben eingehend besprochen. Es wurden Anträge angenommen nach denen die Regierung zur Förderung von Säuglingsfürsorge stellen besondere Mittel in den nächstjährigen Etat einstellen soll und die Regierung bei den Beratungen über die Bevölkerungspolitik die Beibehaltung der Reichswochenhilfe in Erwägung ziehen soll.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde besonders hervorgehoben und vom Zentrumsabgeordneten Kaufmann verlangt, dass das Kurpfuschertum auf diesen Gebiete energisch bekämpft werden müsse, was den Sozialdemokraten Hänich, der im übrigen die Verdienste der Ärzte für die erfolgreiche Bekämpfung der Seuche im vollen Masse anerkannte, veranlasste, zu bemerken, dass mit dem Kurpfuschertum die Naturheilkunde nicht zusammengeworfen werden dürfe. Die Verdienste der Medizinalverwaltung und der Ärzte um die Volksgesundheit im jetzigen Kriege wurden von mehreren Rednern verschiedener Parteien rühmend hervorgehoben und auch der Minister v. Loebel erklärte, dass die Regierung sich der Verdienste der Ärzteschaft vollkommen bewusst sei.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Ministerialdirektors Kirchner die nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung lauteten:

Über den Gesundheitszustand der Kinder sind von den Schulärzten Erhebungen gemacht worden. Es ist keine erhebliche Gewichtsabnahme, im Gegenteil vielfach eine Gewichtszunahme konstatiert worden. Eine Abnahme hat sich mehr bei den Kindern der besser situierten Familien aus den höheren Schulen gezeigt, was darauf zurückzuführen ist, dass in diesen Kreisen vor dem Kriege eine Überernährung geherrscht hat. Im Jahre 1916 haben sich die Verhältnisse etwas verschlechtert, aber im grossen und ganzen brauchen Sie noch keine Besorgnisse um unsere Jugend zu hegen. Die

### Sterblichkeit während des Krieges

hat abgenommen, namentlich die Zahl der Todesfälle an Magen- und Darmkrankheiten, die um 30 Prozent abgenommen haben. Auch haben wir noch nie einen so geringen Prozentsatz an Krebstodesfällen gehabt, dagegen hat die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose zugenommen. Die Zahl der Todesfälle an Altersschwäche hat nicht zugenommen. Diese Erhebungen gehen aber nur bis Ende 1915. Sie werden durch das Jahr 1916 aber kaum wesentlich beeinflusst werden. Die Seuchenbekämpfung ist dank der Impfungen während des ganzen Krieges durchaus erfolgreich gewesen. Viele Verwundete sind im Anfang des Krieges an Wundstarrkrampf zu Grunde gegangen. Auch hier hat die Impfung mit Tetanusserum sich als voller Erfolg erwiesen. Das Glänzendste, was in diesem Krieg geleistet worden ist, ist die Bekämpfung des Fleckfiebers, das in früherer Zeit Tausende dahingerafft hat. Das sicherste Mittel dagegen ist die Ausrottung der Laus. Dagegen herrscht in ganz Deutschland eine nicht intensive, aber doch stark verbreitete Pockenepidemie, die durch Vagabunden verschleppt worden ist. Wir hoffen, dieser aber in kurzer Zeit Herr zu werden. Bei jüngeren Personen hat es sich stets nur um leichte Fälle gehandelt. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten beträgt täglich etwa hunderttausend. Nicht zugenommen hat die Zahl in der Armee. Die 60 Prozent der Infektionen unserer Soldaten stammen aus der Heimat. Wir sind mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beschäftigt, von dem wir uns grosse Erfolge versprechen, wenn der Reichstag ihm zustimmt. Wir müssen mit der doppelten Moral brechen, dass der Mann sich im Gegensatz zur Frau alles erlauben kann. Wenn die Frau sich bis zu einem gewissen Alter des Geschlechtsverkehrs enthalten soll, und das geschieht auch, so sehe ich nicht ein, warum das nicht vom Mann auch gelten soll. (Sehr richtig). Wenn wir ferner, was wir wollen, ein Gesetz machen, gegen die Anwendung der antikonzeptionellen Mittel, so wollen wir natürlich nicht die Mittel treffen, die die Ansteckung von Geschlechtskrankheiten verhüten, aber wenn sie nebenbei auch die Empfängnis verhüten, dann müssen sie fallen. (Beifall). Die Befürchtung, dass dann unlautere ärztliche Machenschaften eintreten würden, teile ich nicht. Ich bin überzeugt, dass das überwiegende Gross der Ärzte eine derartige Haltung verurteilen wird. Die Gefahr liegt vor, dass unser Volk die Hochachtung vor dem weiblichen Geschlecht verliert und jeder nur für sich selber lebt. Damit hängt der Geburtenrückgang zusammen. Wir

werden alles daran setzen, um dieses Übel zu bekämpfen und unsere Jugend kräftig und tüchtig zu erhalten. (Bravo).

### Bücherschau.

**Der Praktische Desinfektor.** Zeitschrift für das gesamte Desinfektionswesen, für Sterilisation, Ungezieferbekämpfung, Laboratoriumsforschung und verwandte Gebiete (Verlagsanstalt Erich Deleiter, Dresden-A. 26, Schneebergstr. 31). Das Januarheft der bereits im IX. Jahrgange erscheinenden Zeitschrift liegt uns vor. Das Blatt verdient weiteste Verbreitung in den Kreisen, die sich beruflich mit dem Desinfektionswesen zu beschäftigen haben. Das monatlich erscheinende Blatt bringt regelmässig Berichte über den gesamten Desinfektionsbetrieb und dürfte vor allem für die Bezirksärzte, die die Desinfektionen anzuordnen haben, von Interesse sein. Der Bezugspreis beträgt jährlich nur 3,44 M. einschl. Porto.

### Verschiedenes.

**Die Berliner Stadtverwaltung und die Ärzte.** Vor Jahresfrist gelang es unter grossen Mühen dem Vorstand der Ärztekammer, mit dem Magistrat eine Vereinbarung über die Behandlung der Kriegerfamilien zustande zu bringen, die eine bestimmte, nicht zu hohe Summe ohne Rücksicht auf die Zahl der Familien dafür aussetzte. Im Laufe des Jahres hat die Ärzteschaft auf Wunsch des Magistrats auch die Behandlung der Hinterbliebenen der Krieger und die der Familien der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer auf sich genommen, ohne dafür einen besonderen Entgelt zu beanspruchen. Allmählich hat sich aber durch die zahlreichen Einberufungen die Zahl der Kriegerfamilien verdoppelt, die Zahl der behandelten Personen ist ebenfalls ungeheuer gestiegen, so dass die Bezahlung für die monatliche Behandlung auf 1,60 M. gesunken ist. Wie viel auf die einzelne Leistung dabei entfällt, ist gar nicht festzustellen, da es nach der Abgabe der

Behandlungsscheine am 15. jeden Monats unmöglich ist, die später erfolgenden ärztlichen Leistungen ordnungsgemäss den Ärztekammern zur Kenntnis zu bringen. Wir glauben aber nicht zu hoch zu schätzen, wenn wir 30 S. dafür annehmen. Der Vorstand der Ärztekammer hat daher den Vertrag gekündigt und ein höheres, angemesseneres Honorar gefordert.

Der Magistrat hat, wie wir bestimmt zu wissen glauben schon diese Forderung abgelehnt und in der politischen Presse wird von städtischer Seite die Nachricht verbreitet, dass den Kriegerfamilien in Zukunft nicht die ärztliche Hilfe in natura, sondern nur eine finanzielle Beihilfe geleistet werden soll. Wenn der Magistrat glaubt, damit eine Ehrenschild an seine im Felde stehenden Mitbürger abtragen zu können, dass er die Kriegerfamilien an den Wohltätigkeitssinn der Ärzte verweist, wie er es in liebevoller Weise 1 1/2 Jahre lang getan, so beweist das eine Rückständigkeit an sozialer Gesinnung, wie man sie eigentlich in der Reichshauptstadt nicht mehr, besonders nicht in dritten Kriegsjahr, vorfinden sollte.

Denn was wird die Folge dieser finanziellen Beihilfe sein? Sie wird sicherlich nur zum kleinsten Teile für ärztliche Hilfe verwendet, sondern zu anderen Zwecken, besonders zur Ernährung der Familie verwendet werden. Der Arzt wird nicht gerufen oder wenn er gerufen wird, wird er nur in den allerdringendsten Fällen gehen und die zahlungsunfähige Kriegerfamilie an die Armendirektion verweisen.

Diese „Sparsamkeit“ den Ärzten gegenüber ist aber bei der Stadt Berlin das Übliche. Sehr viele Beamte und Angestellte der Stadt haben allmählich eine Kriegszulage erhalten. Nur die Assistenzärzte der städtischen Krankenhäuser haben wohl im ersten Schrecken des Krieges eine tägliche Kriegszulage erhalten. Aber die Rettungsärzte und Schulärzte, die eine kolossale Mehrarbeit durch den Krieg oder während des Krieges zu leisten haben — diese durch die Massnahmen des Stadtmedizinalamts zur Bekämpfung der Volksseuchen, jene durch Verminderung der auf der Rettungsstelle tätigen Ärzte und durch die Entblössung ganzer Stadtteile von Ärzten namentlich in den Vormittagsstunden durch Lazarettätigkeit — haben bei ihrer Bitte um eine Kriegszulage eine glatte Ablehnung erfahren.

Aus der Halbmonatsschrift für soziale Hygiene  
Nr. 1, 1917.

## MOSEK'S COCA-PEPSIN PRÄPARATE: DIGESTOMAL: ELIXIR u. TABLETTEN

SAUER UND ALKALISCH. 316/3210

Kombination von Bitterstoffen mit Verdauungsfermenten —  
klinisch erprobt und zuverlässig bei den verschiedensten Magen-  
und Darmkrankheiten und hervorragend als

**Digestivum, Stomachicum, Roborans.**

Vorzüge: Eminente Verdauungskraft, rasch appetitanregende Wirkung,  
u. damit zusammenhängend eine natürl. Besserung des Kräftezustandes.  
Chem. Labor. J. Moser, Kirchtarten-Freiburg i. Br.

**Fisser  
Wasser**

306/34.10

Städtisches  
Kurhaus  
Herrenalb

(Schwarzwald).  
325/87.

Jahresbetrieb!

**Sanatorium**  
unter ärztl. Leitung von Dr. med. Glitsch  
für Herz-, Nerven-, Stoffwechselkrank-  
und Erholungsbedürftige.

Diätküche, Röntgenlaboratorium, Inhalatorium,  
Diathermie, Offizier-Gesundungsheim. Prospekt frei.

Keuchhusten

Reizhusten

Erkältungshusten



Bronchitis

Katarrhe

Influenza

**Droserin-Milchzucker-Tabletten und Sirup.**

Droserin hat sich nach Feststellungen erster Autoritäten in jahrelangen klinischen Erfahrungen als eines der erfolgreichsten Keuchhustenmittel, ferner als vorzügliches Expectorans und zur Beseitigung des quälenden Reizhustens erwiesen. Neben der Tablettenform findet auch der Droserin-Sirup infolge seines besonders guten Geschmacks und seiner verstärkten antispasmodischen Wirkung grossen Anklang.

Dosierung: Stärke I 1-2 stündlich 1 Tablette in Wasser oder Milch. Droserin-Tabletten Stärke II 2-3 stündlich 1 Tablette in Wasser oder Milch. Kindern unter zwei Jahren verabfolgt man Stärke I, Kindern über 2 Jahren oder Erwachsenen Stärke II.

Preis: Droserin-Tabletten I, Originalpack. # 2.40; Droserin-Tabl. II, Originalpack. # 3.-; Droserin-Sirup, Originalpack. # 3.-

Literatur und Proben stehen den Herren Ärzten bereitwilligst zur Verfügung.

**Dr. R. & Dr. O. Weil, chem.-pharm. Fabrik, Frankfurt a. M.**

351]



**nach Prof. von Noorden**

Hochwirksames Hypnotikum, Sedativum, Analgetikum.

**Spezieller Vorzug:**

Ruhiger, erquickender Schlaf, Frische und Leistungsfähigkeit am nächsten Tage, da frei von den bekannten unerwünschten Nachwirkungen.

Somnacetin - Tabl. Originalpack. # 3.-  
Kassenpackung # 1.20  
Grosse Spitalsparpackung # 13.20

Dosierung: 2-3 Tabletten möglichst in heisser Flüssigkeit.



**und Arsen-Regenerin**

bedeuten einen Fortschritt in der Therapie der Anämie und Chlorose. Die Regenerinpräparate ohne und mit Arsen sind von vorzüglichem Geschmack, greifen die Zähne nicht an, verursachen keine Verstopfung und sind in der Verordnung sehr sparsam.

Speziell auch geeignet in der Kinderpraxis, bei Nervosität, Schwächezuständen in der Rekonvaleszenz.

Regenerin und Arsen-Regenerin werden sowohl in flüssiger als auch in Tablettenform hergestellt.

Preis: **Regenerin** Orig.-Fl. # 3.25  
Tabletten # 2.40

**Arsen-Regenerin** Orig.-Fl. # 2.40  
Tabletten # 2.50



die neue Paraffinölemulsion; ist das mildeste stuhlfördernde Mittel, lediglich Stuhlgleitmittel.

Paraffinal wirkt ausschliesslich durch Erweichung der Faeces und Schlüpfrigmachen der Schleimhäute ohne bedrückende Darmreizung.

Dosierung: 1-2 mal 1 Esslöffel voll (morgens nach dem Frühstück und abends vor dem Zubettgehen).

Preis: 1 Originalflasche # 3.-

Literatur:

Prof. Blum, Mediz. Klinik 1916, H. 42.

**Sanatorium Stammberg**

Schriesheim a. d. Bergstrasse  
für weibliche **Lungenkranke** des gebildeten Mittelstandes. — 4.50 # bis 6.50 # pro Tag. — Sommer- und Winterkur. Prospekt durch die **Verwaltung**. Auch während des Krieges geöffnet. 323]24.10

**Notiz für die Herren Bezirksärzte!**

Den Herren Bezirksärzten empfehlen wir unser Lager von

**Impressen**

zu **Hebammentagebüchern.**

Karlsruhe.

**Malsch & Vogel,**

Buchdruckerei und Verlagshandlung.

**GOLDHAMMER-PILLEN**

Bism. salicyl. u. Carbo mit reichlich Ol. menth. pip.; Darmlöslich gelatiniert. Seit Jahren mit bestem Erfolg erprobtes Spezialpräparat bei

**Chron. Darmkatarrhen-Darmgärungen**

Sch. à 60 Pillen - 2 Mk. in den Apotheken. Ärztemuster gratis.

**Laboratorium F. Augsberger, Strassburg 1/2.**

314]24.4



## Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen

Zur Beachtung: Meist sind nicht die ganzen Orte, sondern nur einzelne Stellen darin gesperrt. Näheres s. „grosse“ Cavetetafel „Ärztl. Mitt.“ oder „Ärztl. Vereinsbl.“

Fernsprecher 1 870 und 19 728.

**Cavete collegae!**

Drahtadresse: Ärzteverband Leipzig.

<b>Aachen</b>	<b>Gröditz</b> b. Riesa	<b>Köln</b> a. Rh.	<b>Quint</b> b. Trier	<b>Steinigtwolms-</b> <b>dorf</b>
<b>Angermünde</b> , Kr.	<b>Grossbeeren</b> , Bez.	<b>Köln-Kalk</b>	<b>Rambach</b>	<b>Teltow</b> , Brdbg.
<b>Berlin-Lankwitz</b>	<b>Guxhagen</b> , Bezirk	<b>Kranpischken</b> ,	<b>Reichenbach</b> ,	<b>Templin</b> , Kreis
<b>Bremen</b>	Cassel	O.-Pr.	Schlesien.	<b>Vöhrenbach</b> , Baden
<b>Corbetha</b>	<b>Halle</b> S.	<b>Kreuznach</b> , Bad	<b>Riesa</b> a. Elbe-Gröba	<b>Waldorf</b> , Hessen
<b>Diedenbergen</b>	<b>Hanau</b> , San.-Verein	<b>Lichtenrade</b> bei	<b>Ringenhain</b>	<b>Warmbrunn-</b> <b>Hernsdorf</b> , Ries-
<b>Diedenhofen</b> , Loth.	<b>Heckelberg</b> , Kreis	Berlin	<b>Rothenfelde</b> bei	sengebirge
<b>Dietz</b> a. L.	Oberbarnim	<b>Mohrungen</b> , Bez.	Fallersleben	<b>Weissenfels</b> a. S.
<b>Dietzenbach</b> , Hess.	<b>Heldburg</b> A.-G. zu	<b>Naurod</b>	<b>Ruhla</b> , Thür.	<b>Witkowo</b> , Posen
<b>Düsseldorf</b>	Hildesheim	<b>Niederneukirch</b>	<b>Schirgiswalde</b> ,	<b>Zeitz</b> , Prov. Sa.
<b>Elbing</b>	<b>Holzappel</b> i. T. und	<b>Oberbarnim</b> , Kreis	Regszbk. Bautzen	<b>Zillertal-Erd-</b> <b>mannsdorf</b> ,
<b>Eschede</b> , Hann.	Umgebung	<b>Oderberg</b> i. d. Mark	<b>Schönebeck</b> a. E.	Riesengebirge
<b>Freudenberg</b>	<b>Hillingen</b> , Rhld.	<b>Ostritz</b> (Sa.)	<b>Schorndorf</b> ,	<b>Zobten</b> a. B., Schl.
<b>Geilenkirchen</b> ,	<b>Kaiserslautern</b>	<b>Ottweiler</b> , Rhld.	Württemberg	
Kr. Aachen	<b>Kattowitz</b> , Schl.	<b>Preuss. Holland</b>	<b>Schreiberhau</b> ,	
<b>Giessmannsdorf</b>	<b>Kaufmännische</b>	Bezirk	Riesengebirge	
(Schlesien)	Kr.-K. für Rheinfl.		<b>Schweidnitz</b> , Schl.	
<b>Gröba-Riesa</b>	n. Westf.		Bahnarztst.	
	<b>Klingenthal</b> , Sa.		<b>Selb</b> , Bayern	
			<b>Stahnsdorf</b> , s. Telt.	

Über vorstehende Orte und alle Verbandsangelegenheiten erteilt jederzeit Auskunft das **Generalsekretariat, Leipzig**, Dufourstrasse 18 II, Sprechzeit nachmittags 3—5 Uhr (ausser Sonntags). Kostenloser Nachweis von Praxis-, Auslands-, Schul- und Assistentenstellen sowie Vertretungen. 358

# Sanatorium Nordrach

im bad. Schwarzwald

für Lungenkranke (Private).

Herrliche Lage direkt am Wald, schöne und  
bequeme Waldspaziergänge.

Eröffnet am 1. März 1915.

Leitender Arzt: Dr. K. Weltz.

**HEIDELBERG.** Dr. Sack's  
Sanatorium für Haut- und Harnkranke

Dermatol. Beh. — Licht-, Röntgen-, Hochfrequ.- und Radium-  
Therapie. — Kosmet. Heilverf. — Hg. und Salvarsankuren.  
Urolog. Beh. 343/244

Mit 1 Beilage: Prospekt der Firma E. Merck, Darmstadt, über Ergotin Merck.